

Wilhelm KEMPF

Wie antisemitisch sind die Kritiker der israelischen Politik?¹ Empirische Befunde des ASCI-Surveys²

1. Problemstellung

Hätte man hoffen können, dass die Lehren von Auschwitz den Antisemitismus zum Verschwinden bringen würden, so wurde diese Hoffnung bitter enttäuscht. Zwar nahmen die traditionellen Ausdrucksformen des Antisemitismus mit der Zeit ab, doch transformierte er sich in subtilere Gewänder: Neben den manifesten Antisemitismus, der an traditionellen Vorurteilen gegenüber Juden festhält (Heyder et al. 2005, Frindte 2006, Zick & Küpper 2007), ist ein sekundärer Antisemitismus getreten, der sich im Umgang der Deutschen mit der Nazi-Vergangenheit, dem Holocaust und der Schuld- und Verantwortungsfrage manifestiert (Schönbach 1961), sowie ein latenter Antisemitismus, der als Reaktion auf das Kommunikationstabu für antisemitische Äußerungen zu verstehen ist, und das Thema Juden schlichtweg vermeidet (Bergmann & Erb 1991).

Seit dem Sechs-Tage-Krieg und insbesondere seit dem Scheitern des Oslo-Prozesses fanden auch antizionistische Ressentiments eine zunehmende Verbreitung in der deutschen Bevölkerung (Bergmann 2002) und spätestens seit der Konferenz von Durban, auf der Israel der Apartheidpolitik bezichtigt wurde, macht das Wort von einem neuen Antisemitismus die Runde (Cotler 2006), der das Existenzrecht Israels negiert und den Juden das Recht auf nationale Selbstbestimmung abspricht.

Während das Konzept des Antizionismus davon ausgeht, dass Vorbehalte gegenüber der Staatsideologie und der Politik Israels auf „die Juden“ als Kollektiv übertragen werden, beschreibt das Konzept des neuen Antisemitismus einen umgekehrten Prozess, in dem antisemitische Vorurteile auf den israelischen Staat übertragen werden und sich in israelfeindlichen Ressentiments bis hin zur Verweigerung des Bleiberechts der Juden im Nahen Osten manifestieren.

Dass es diese Phänomene gibt und dass sie erschreckend weit verbreitet sind, steht außer Zweifel, doch wäre man schlecht beraten, wollte man jegliche Kritik an der israelischen Politik auf Antisemitismus reduzieren. Dies umso mehr, als sich selbst unter den amerikanischen Juden nur 8% bedingungslose Unterstützer der israelischen Palästinalpolitik finden (Ben-Ami 2011), und

¹Gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Kennziffer KE 300/8-1

²ASCI = Anti-Semitism and the Criticism of Israel

60% der außerhalb Israels lebenden Juden nicht daran glauben, dass die Regierung Netanjahu sich wirklich um Frieden mit den Palästinensern bemüht (Jüdische Allgemeine 24.7.2015).

Unter nicht-jüdischen Deutschen sind die Verhältnisse sogar etwas gemäßiger: Hier finden sich mit 7% fast ebenso viele Menschen, welche die israelischen Politik bedingungslos unterstützen, während 31% der Meinung sind, dass das Ziel der israelischen Politik in der fortgesetzten Entrechtung und Unterdrückung der Palästinenser besteht (Kempf 2015).

Alle diese Menschen – je nach Herkunft – als Antisemiten oder als self-hating Jews zu denunzieren, kann weder im Interesse Israels noch im Interesse der in Deutschland lebenden Juden sein. Was damit erreicht wird, ist allenfalls dass sich die Israelis von lauter Feinden umgeben sehen, die ihnen den Tod wünschen – und zwar nur aus dem einen Grund, weil sie Juden sind. Für die demokratische Kultur der israelischen Gesellschaft, die auf einen offenen Diskurs angewiesen ist, und für die Fähigkeit Israels, sich auf eine Friedenslösung mit den Palästinensern einzulassen, kann die Propagierung von Angst und Schrecken jedoch nur abträglich sein.

2. Das ASCI-Survey

Andererseits, darf man aber auch nicht blauäugig sein und den Antisemitismus verharmlosen oder verleugnen und es besteht daher ein dringendes Bedürfnis, zwischen antisemitischen Motiven und anderen Gründen zu unterscheiden, aufgrund derer die israelische Politik zunehmend an Unterstützung verliert.

Wenn man dies leisten will, darf man sich aber nicht damit zufrieden geben, nur antisemitische, antizionistische und israelfeindliche Ressentiments zu untersuchen und miteinander zu korrelieren. Was dabei herauskommen kann ist trivial, denn tatsächlich sagen solche Korrelationen ja nichts darüber aus, dass (oder wann) Israelkritik als Ausdruck von Antisemitismus zu werten ist:

Zum einen, weil man davon ausgehen kann, dass pro-israelische Hardliner, die die Politik Israels bedingungslos unterstützen, kaum antisemitische Ressentiments pflegen, während sich eingefleischte Antisemiten wiederum kaum zugunsten der israelischen Politik positionieren werden. Schon diese beiden Extremgruppen bewirken aber eine mäßige Korrelation zwischen antisemitischen und israelfeindlichen Ressentiments, wie sie in solchen Studien gefunden wird. Zum anderen würde die Interpretation der Korrelationen als Beleg für den antisemitischen Charakter der Israelkritik auf einer unzulässigen Verwechslung von Kritik und Ressentiments beruhen.

An dieser Stelle ist es entscheidend, zwei Dinge festzuhalten:

Erstens, dass Antisemitismus die Feindschaft gegen Juden als Juden meint. Das heißt: dass der entscheidende Grund für die Ablehnung eines Menschen oder einer Gruppe, gegen die sich die Feindschaft richtet, ihre tatsächliche oder vermeintliche jüdische Herkunft ist (Demirel et al. 2011).

Zweitens ist die Mehrdeutigkeit der Lehren von Auschwitz festzuhalten, die sich für Juden und für nichtjüdische Deutsche durchaus unterschiedlich darstellen.

Die in Deutschland gezogene Lehre – so sie denn gezogen wurde – lässt sich auf die Formel bringen: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“. Damit erteilt sie zwar dem Antisemitismus eine klare Absage, wie sie auch in der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen festgehalten wurde. Trotzdem bleibt sie hinsichtlich der Menschenrechtsfrage jedoch zweideutig und kann in zweierlei Weise interpretiert werden: Erstens, als Eintreten für die unmittelbaren Opfer des Nationalsozialismus, das eine Tendenz zu unbedingter Solidarität mit der israelischen Politik nahe legt, und zweitens als Eintreten für die Universalität der Menschenrechte, das eine Tendenz zur Distanzierung von zumindest einigen Aspekten der israelischen Politik und zumindest eines gewissen Maßes an Empathie für die palästinensische Seite impliziert (Kempf 2010).

Auch Israelis und Juden auf der ganzen Welt befinden sich in einem ähnlichen Dilemma: Für sie lautet der Apell zwar nicht „Nie wieder Krieg“, sondern – um es mit den Worten des früheren israelische Finanzministers Yair Lapid (2014) auszudrücken: „dass wir um jeden Preis überleben“ und zugleich „unter allen Umständen moralische Menschen bleiben müssen“.

Der Unterschied „Nie wieder Krieg“ vs. „um jeden Preis überleben“ folgt aus der unterschiedlichen Rolle, die (nichtjüdische) Deutsche und Juden im III. Reich gespielt haben. Das moralische Dilemma, ist für Deutsche und Israelis jedoch dasselbe, denn – um erneut Yair Lapid zu zitieren: „Die menschliche Moral beweist sich nicht, wenn alles in Ordnung ist, sie beweist sich durch unsere Fähigkeit, das Leiden der Anderen zu sehen, auch wenn wir allen Grund haben, nur unser eigenes zu sehen“.

Und der frühere israelische Spitzenpolitiker Avraham Burg (2010) hat darauf hingewiesen, dass zweierlei Menschen aus Auschwitz zurückgekommen sind: Die einen, die sagten: „Nie wieder uns Juden“, und die anderen, die sagten: „Nie wieder der Menschheit“.

Wenn man sich ein realistisches Bild davon machen will, wie und warum jemand die israelische Politik ablehnt oder unterstützt, dann man muss man daher zu allererst untersuchen, wie er sich den israelisch-palästinensischen Konflikt erklärt – oder anders ausgedrückt: mittels welcher mentalen Modelle er ihn zu verstehen versucht.

Zweitens dann darf man sich nicht mit der Untersuchung von Ressentiments gegenüber Juden und Israelis zufrieden geben, sondern man muss auch Vorurteile gegenüber Palästinensern und Arabern in Rechnung stellen.

Drittens darf man nicht nur Vorurteile und Ressentiments als mögliche Gründe dafür ansehen, warum sich jemand so oder so zum israelisch-palästinensischen Konflikt positioniert, sondern muss auch andere Orientierungen wie Pazifismus, Menschenrechtsengagement und moralische Ablösung in Betracht ziehen.

Nicht zuletzt benötigt man aber auch eine statistische Methodik, mittels derer man die Muster identifizieren kann, zu denen sich die diese Positionierungen, Orientierungen und Ressentiments gruppieren, so dass eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen der Unterstützung vs. Kritik der israelischen Politik möglich wird. Nicht jeder, der die israelische Politik zu unterstützen scheint, muss tatsächlich ein Freund Israels sein, und nicht jeder, der ihr kritisch gegenübersteht, gleich ein Antisemit.

Die Identifikation solcher unterschiedlicher Formen von Unterstützung vs. Kritik der israelischen Palästinapolitik war das Ziel eines Surveys (Kempf 2015), das wir im Sommer und Herbst 2010 an einer repräsentativen Stichprobe von ca. 1000 Untersuchungsteilnehmern aus den alten und neuen deutschen Bundesländern sowie fast 500 mehr oder minder aktiven Israelkritikern durchgeführt haben, die wir über verschiedene Institutionen rekrutiert haben, die sich für Frieden im Nahen Osten einsetzen.

3. Antisemitismus und Antizionismus

In einem ersten Schritt haben wir mittels Latent-Class-Analysen die typischen Muster identifiziert, zu denen sich die verschiedenen Facetten des Antisemitismus untereinander und mit jenen des Antizionismus verbinden.

Es ist ja nicht selbstverständlich, dass die verschiedenen Facetten und ihre Manifestationen gleichwertige und mehr oder minder austauschbare Indikatoren für Antisemitismus sind und sich lediglich in der Schwierigkeit unterscheiden, die das Kommunikationstabu ihrer Äußerung entgegensetzt.

Es könnte ja sein, dass z.B. die Forderung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit, nicht wirklich Ausdruck von Antisemitismus, sondern lediglich aus dem Wunsch nach einer positiven deutschen Identität geboren ist.

Das Ergebnis unserer Analysen spricht eindeutig gegen diese Möglichkeit und zeigt dass alle der untersuchten Facetten des Antisemitismus tatsächlich ein und dieselbe Einstellungsdimension definieren: Je stärker jemand einen Schlussstrich unter die Vergangenheit befürwortet, desto mehr glaubt er auch an eine jüdische Weltverschwörung, desto stärker tendiert er zur Täter-Opfer-Umkehr, die den Juden selbst die Schuld an ihrer Verfolgung gibt, desto stärker tendiert er zur latent-antisemitischen Vermeidung des Themas Juden und zur Ausgrenzung der Juden aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben, und desto mehr hält er Abneigung gegenüber Juden für gerechtfertigt.

Dass die Schlussstrichforderung nur dem Wunsch nach einer positiven deutschen Identität geschuldet sei, ist somit eine bloße Schutzbehauptung. Was sie tatsächlich zum Ausdruck bringt, ist Antisemitismus, schlicht und einfach.

Auch beim Antizionismus, der als eine negative Haltung gegenüber dem Zionismus definiert ist, welche die Juden kollektiv für die Politik Israels haftbar macht, lassen sich verschiedene Facetten unterscheiden: Politischer Antizionismus, wie er z.B. in der Brandmarkung des Zionismus als einer Form von Rassismus zum Ausdruck kommt, und generalisierende Israelkritik, welche die Verantwortung für die israelische Politik auf „die Juden“ schlechthin attribuiert.

Die Ergebnisse unseres Surveys bestätigten, dass diese beiden Facetten tatsächlich ein und dieselbe antizionistische Einstellungsdimension definieren: Je stärker jemand zu politischem Antisemitismus neigt, desto stärker tendiert er auch zu generalisierender Israelkritik.

Dass der Antizionismus aber eine Spielart von Antisemitismus darstellt, ist keinesfalls selbstverständlich und wird durch unsere Ergebnisse eindeutig widerlegt.

So hat bereits der Antisemitismusforscher Werner Bergmann (2002, 138) darauf hingewiesen, dass nicht jede Kritik am Vorgehen Israels gegen die Palästinenser als antisemitisch motiviert gedeutet werden darf. „Erst wenn Angriffe gegen die jüdische Religion oder antisemitische Ideologeme sich mit politischem Antizionismus verbinden und unterschiedslos auf alle Juden bezogen werden, kann von Antisemitismus gesprochen werden“.

Eben dies ist aber nur bei einer Teilgruppe der Leute der Fall, die sich durch eine antizionistische Einstellung auszeichnen. Die Facetten des Antizionismus definieren eine andere Einstellungsdimension als jene des Antisemitismus und es gibt eine Gruppe von Menschen, die zwar stark antizionistisch eingestellt sind, jede Art von antisemitischen Vorurteilen jedoch ablehnen.

4. Israelfeindliche und palästinenserfeindliche Ressentiments

Hat sich damit schon gezeigt, dass der Antizionismus nicht einfach unter das Konzept des Antisemitismus subsumiert werden kann, so ist eine Subsumierung israelfeindlicher Ressentiments unter das Konzept des Antisemitismus noch weniger möglich.

Im Unterschied zu palästinenserfeindlichen und islamophoben Ressentiments, die sich ebenfalls auf einer homogenen Einstellungsdimension anordnen lassen, ist dies bei den israelfeindlichen Ressentiments nicht der Fall. Infolge des unterschiedlichen Mischungsverhältnisses der in ihnen enthaltenen antisemitischen und politischen Komponenten gibt es stattdessen je nach Inhalt verschiedene, qualitative Einstellungsmuster, zu denen sich die israelfeindlichen Ressentiments verbinden.

Jede der drei Facetten einseitige Schuldzuweisungen an Israel, Dramatisierung der Verhältnisse und Forderung der israelischen Politik Einhalt zu gebieten sowie Verweigerung des Bleiberechts der Juden definiert eine eigene Einstellungsdimension, und die verschiedenen Dimensionen können in vielfältiger Weise miteinander kombiniert sein: Wer z.B. die Schuld an dem Nahostkonflikt allein bei Israel sieht, stellt deswegen noch lange nicht das Bleiberecht der Juden im Nahen Osten in Frage, sondern es gibt auch solche Leute, die für das Bleiberecht der Juden eintreten, aber trotzdem die Hauptschuld bei Israel sehen und es für nötig halten, gegen die israelische Politik etwas zu unternehmen.

Trotz ihrer qualitativen Unterschiedlichkeit lassen sich die israelfeindlichen Einstellungsmuster aber – anhand der durchschnittlichen Ausprägung israelfeindlicher Ressentiments – dennoch in eine Rangordnung bringen deren positiver Pol durch ein Muster charakterisiert ist, das einseitige Schuldzuweisungen an Israel zurückweist, während am negativen Pol ein Muster steht, das durch einseitige Schuldzuweisungen an Israel geprägt ist.

In Übereinstimmung mit früheren Befunden, wonach die Sympathiewerte für Israelis und Palästinenser positiv korreliert sind (Bergmann 2008), ist etwa die Hälfte der Untersuchungsteilnehmer sowohl den Israelis als auch den

Palästinensern gegenüber (zumindest tendenziell) negativ eingestellt, während fast ein Drittel der Befragten sowohl israelfeindliche als auch palästinenserfeindliche Ressentiments ablehnt.

Dies weist darauf hin, dass die rassistische Komponente der beiden Einstellungen nicht einfach pro- oder anti-semitisch gerichtet ist, sondern einen umfassenden Rassismus widerspiegelt, der sich gegen Juden und Israelis, Palästinenser und Araber gleichermaßen richtet.

Infolge des Zusammenspiels ihrer politischen und rassistischen Komponenten besteht zwischen israelfeindlichen Einstellungen und palästinenserfeindlichen Ressentiments jedoch kein linearer, sondern ein umgekehrt u-förmiger Zusammenhang: Starke Ablehnung finden palästinenserfeindliche Ressentiments nicht nur in der Probandengruppe, die gegenüber Israel negativ eingestellt ist, sondern auch in jener, die eine positive Einstellung gegenüber Israel hegt.

5. Menschenrechtsorientierung

Eine mögliche Erklärung dafür ist in der Orientierung an den Menschenrechten zu vermuten, die ja rassistischen Vorurteilen jeglicher Art eine Absage erteilt: Egal, ob sie gegen Juden und Israelis oder gegen Palästinenser und Araber gerichtet sind.

Um dieser Vermutung nachzugehen, haben wir vier Menschenrechtsprinzipien betrachtet, deren Gewährleistung durch den israelisch-palästinensischen Konflikt sowohl für die Israelis als auch für die Palästinenser bedroht ist: das Recht auf Leben, das Recht auf nationale Selbstbestimmung, den Schutz von Minderheiten und die Unverletzlichkeit der Würde des Menschen.

Da ein bloßes Lippenbekenntnis zu den Menschenrechten wenig aussagekräftig ist, haben wir die Untersuchungsteilnehmer aber nicht einfach gefragt, ob sie diese Rechte befürworten, sondern stattdessen erhoben, wie sehr sie sich über die Verletzung der Rechte indigniert zeigen, sowie umgekehrt, wie sehr sie deren Einschränkung im Krisenfall für gerechtfertigt halten.

Dabei zeigte sich, dass nur ein Teil der Untersuchungsteilnehmer über eine konsistente Menschenrechtsorientierung verfügt, die sich über Menschenrechtsverletzungen umso stärker indigniert zeigt, je mehr sie deren Einschränkung ablehnt.

Die anderen Untersuchungsteilnehmer hatten dagegen eine inkonsistente Menschenrechtsorientierung und lehnten die Einschränkung von Menschenrechten zwar ab, waren gegenüber den Opfern von Menschenrechtsverletzungen jedoch indifferent; oder sie zeigten eine reflexartige Reaktion auf Menschenrechtsfragen und waren – je nachdem, womit sie gerade konfrontiert wurden – über die Verletzung von Menschenrechten indigniert oder räumten ein, dass deren Einschränkung notwendig sein kann.

Gleichwohl bestätigte sich, dass ein konsistentes Menschenrechtsengagement ein Gegengewicht gegen rassistische Vorurteile jeglicher Art bildet: Je mehr sich die Befragten für Menschenrechte engagierten, desto weniger antisemitische und antizionistische Einstellungen zeigten sie. Desto weniger neigten sie zu einseitigen Schuldzuweisungen an Israel, zur Verweigerung des Bleiberechts der Juden und/oder zur Übertragung israelfeindlicher Ressentiments auf die Juden schlechthin. Desto weniger teilten sie aber auch palästinenserfeindliche Ressentiments, und desto mehr tendierten sie dazu, einen Handlungsbedarf zur Änderung der israelischen Palästinapolitik zu sehen.

6. Positionierung zum israelisch-palästinensischen Konflikt

Trotzdem wäre es zu kurz gedacht, wenn man Israelkritik deshalb von jeglichem Antisemitismusverdacht freisprechen wollte, denn erstens bezieht sich dieser Befund nur auf jene Teilmenge von Untersuchungsteilnehmern, die über eine konsistente Menschenrechtsorientierung verfügen, zweitens haben wir bisher nur Vorurteile und Ressentiments untersucht, und drittens ist Israelkritik nicht einfach Israelkritik, sondern kann sehr verschiedene Formen annehmen, denen wiederum sehr verschiedene Motivationen zugrunde liegen können.

Der entscheidende Punkt ist nicht, ob jemand Kritik an Israel übt, sondern wie er den israelisch-palästinensischen Konflikt versteht und wie er sich aufgrund seines Konfliktverständnisses zu dem Konflikt positioniert: als bedingungsloser Unterstützer der israelischen Politik, als ebenso bedingungsloser Unterstützer der palästinensischen Sache, oder als Kritiker, der auf einen Ausgleich zwischen den beiden Gesellschaften bedacht ist, sei es aus einer neutralen Haltung heraus, oder aus Solidarität mit der einen oder anderen Seite, deren Lebensbedürfnisse er bei Fortsetzung des Status Quo besonders beeinträchtigt sieht.

Interpretationsrahmen	Pro-israelisch	Neutral	Pro-palästinensisch
War-Frame	Unterstützung der israelischen und Kritik an der palästinensischen Politik, Delegitimierung der Palästinenser und Rechtfertigung israelischer Gewalt		Unterstützung der palästinensischen und Kritik an der israelischen Politik, Delegitimierung Israels und Rechtfertigung palästinensischer Gewalt
Peace-Frame	Kritik an der Politik beider Seiten, Akzent auf den Lebensbedürfnissen der Israelis und Ablehnung von Gewalt auf beiden Seiten	Kritik an der Politik beider Seiten, gleichgewichtige Berücksichtigung der Lebensbedürfnissen beider Gesellschaften und Ablehnung von Gewalt auf beiden Seiten	Kritik an der Politik beider Seiten, Akzent auf den Lebensbedürfnissen der Palästinenser und Ablehnung von Gewalt auf beiden Seiten

Tabelle 1: Positionierung zum israelisch-palästinensischen Konflikt (nach Kempf 2015, 62)

Theoretisch lassen sich somit fünf verschiedene Positionierungsmuster unterscheiden, die in Tabelle 1 dargestellt sind und in unserem Survey auch empirisch identifiziert werden konnten: zwei Positionierungsmuster, die aus einem War-Frame resultieren und sich darin unterscheiden, ob sie für Israel oder für die Palästinenser Partei ergreifen, und drei Positionierungsmuster, die einem Peace-Frame mit variierender Parteinahme entsprechen: zugunsten Israels, neutral oder zugunsten der Palästinenser.

Um diese Positionierungsmuster zu rekonstruieren, verwendeten wir einen Fragebogen aus 15 Items, welche die Befürwortung einer Verhandlungslösung, die Betonung der Lebensbedürfnisse der beiden Gesellschaften, die Delegitimierung der Konfliktparteien, die Rechtfertigung ihrer Kriegsführung, die Verurteilung der von ihnen ausgeübten Gewalt, die Kritik ihrer starren politischen Haltung und die Einschätzung zum Gegenstand hatten, ob sie zu einem Politikwechsel gezwungen werden sollten (vgl. Kempf 2015, 204).

Schon die Häufigkeitsverteilung der Itemantworten lässt erkennen, dass die Wahrnehmung des israelisch-palästinensischen Konfliktes in Deutschland durchaus kontrovers ist, zugleich aber einen gewissen Bias zugunsten der palästinensischen Seite zeigt.

So werden die palästinensischen Terroranschläge zwar häufiger verurteilt als die israelischen Militäroperationen. Dass die palästinensische Politik auf die Zerstörung Israels abzielt scheint den Befragten jedoch eher nicht plausibel. Umgekehrt meinen viele der Befragten, dass das Ziel der israelischen Politik in der fortgesetzten Unterdrückung und Entrechtung der Palästinenser zu sehen ist, und entsprechend lehnen sie auch die Rechtfertigung des palästinensischen Konfliktverhaltens als Befreiungskampf gegen die israelische Besatzung weniger scharf ab als die Rechtfertigung des israelischen Verhaltens als Verteidigung gegen den palästinensischen Terrorismus.

Große Einigkeit besteht jedoch darin, dass die fortgesetzte Gewalt die Kluft zwischen den beiden Gesellschaften vertieft, dass eine Konfliktlösung nur auf dem Verhandlungsweg gefunden werden kann und dass sie die Lebensbedürfnisse beider Bevölkerungen berücksichtigen und insbesondere den Palästinensern ein friedliches und selbstbestimmtes Leben, aber auch den Israelis eine angstfreie und friedliche Zukunft ermöglichen muss.

Dass Israelis und Palästinenser dies aus eigener Kraft heraus schaffen, besteht jedoch wenig Hoffnung, zumal beide Parteien – und insbesondere Israel – von vielen der Befragten als unnachgiebig und kompromisslos wahrgenommen werden, weshalb – trotz geteilter Meinung darüber – nicht wenige der Auffassung sind, dass die palästinensische Führung zur Anerkennung Israels und der israelische Staat zur Anerkennung der Rechte der Palästinenser gezwungen werden muss.

7. Sensibilität für die Ambivalenz von Krieg und Frieden

Der daraus resultierende Gesamteindruck einer stark pazifistisch geprägten Haltung der Deutschen wird auch dadurch gestützt, dass sowohl pro-israelische als auch pro-palästinensische Hardliner nur eine Minderheitsposition einnehmen, während die Mehrheit der Deutschen auf einen Ausgleich zwischen Israel und den Palästinensern bedacht ist, sich dabei aber als ziemlich unsensibel für die Ambivalenz des Interpretationsrahmens erweist, mittels dessen sie sich den israelisch-palästinensischen Konflikt erklärt.

Sowohl die Fortsetzung des Status Quo als auch eine Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinensern ist ja für beide Seiten mit gemischten Gefühlen verbunden: Die Interpretation des Konfliktes in einem War-Frame verspricht Sicherheit, weil an bewährten Verhaltensmustern festgehalten werden kann, und sie schafft Unsicherheit, weil die Fortsetzung der Gewalt

droht. Die Interpretation in einem Peace-Frame bietet Sicherheit, weil sie ein Ende der Gewalt verspricht, und sie schafft Unsicherheit, weil neue Verhaltensmuster erprobt werden müssen, deren Effektivität noch ungewiss ist.

Bei der Mehrheit der Deutschen ist von einer solchen Ambivalenz jedoch nichts zu bemerken. Sie sehen nur die hoffnungsvolle Seite einer Friedenslösung und die bedrohliche Seite des Status Quo:

Mit militärischer Stärke allein, kann die Existenz Israels nicht langfristig gesichert werden und bei Fortsetzung des Status Quo werden die Israelis einer ständigen Bedrohung durch palästinensische Gewalt ausgesetzt sein. Die Rückkehr zu den Grenzen von 1967 würde für sie dagegen kein großes Sicherheitsrisiko darstellen und einen dauerhaften Frieden mit den Palästinensern ermöglichen.

Auch für die Palästinenser würde ein Kompromiss mit Israel nicht gleich den Ausverkauf ihrer Interessen bedeuten und ein Mehr an Nachgiebigkeit einen dauerhaften Frieden mit Israel ermöglichen. Mit Gewalt lässt sich die Gründung eines palästinensischen Staates ohnedies nicht erzwingen, sondern wird den Palästinensern ganz im Gegenteil verwehrt bleiben, so lange es der palästinensischen Führung nicht gelingt, die Gewalt zu unterbinden.

8. Spielarten von Unterstützung vs. Kritik der israelischen Palästinapolitik

Hinter diesem Gesamteindruck verbergen sich jedoch verschiedene Formen der Kritik aber auch der Unterstützung der israelischen Palästinapolitik, zu deren Identifikation wir schließlich die typischen Muster identifiziert haben, zu welchen sich die Positionierung zum israelisch-palästinensischen Konflikt und die damit verbundene – oder eben auch nicht verbundene – Ambivalenz mit antisemitischen, antizionistischen und israelfeindlichen Einstellungen einerseits sowie andererseits mit palästinenserfeindlichen Einstellungen, Pazifismus, moralischer Ablösung und Menschenrechtsorientierung sowie mit der emotionalen Nähe zu dem Konflikt und mit dem Wissen über den Konflikt verbinden.

Als Ergebnis dieser Analyse identifizierten wir vier verschiedene Spielarten von Unterstützung vs. Kritik, die auch eine charakteristische mehrgipfelige Verteilung in der deutschen Bevölkerung zeigen: Unterstützung der israelischen Politik (26%), latent antisemitische Vermeidung von Israelkritik (11%), antisemitische Israelkritik (26%) und menschenrechtsorientierte Israelkritik (38%).

Die Unterstützer der israelischen Politik können in zwei Untergruppen eingeteilt werden, deren erste überwiegend aus pro-israelischen Hardlinern besteht, die den Konflikt in einem War-Frame interpretieren, während die zweite Unterstützergruppe kleiner ist und sich weniger radikal zugunsten der israelischen Politik positioniert.

Beiden Gruppen gemeinsam ist zum einen die Ablehnung der meisten antisemitischen Vorurteile und zum anderen eine Tendenz zu Ressentiments gegenüber Palästinensern und Muslimen die unter einen pauschalen Terrorismusverdacht gestellt werden.

Auffallend ist jedoch, dass beide Gruppen die sekundär-antisemitische Forderung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit unterstützen, weshalb man sich fragen muss, wie zuverlässig die Unterstützung dieser scheinbaren Israelfreunde denn tatsächlich ist, und wie viele von ihnen sich nur deshalb zugunsten Israels positionieren, weil sie selbst vor der Welt gut dastehen wollen.

Latent antisemitische Vermeidung von Israelkritik ist für eine Gruppe von Deutschen charakteristisch, die meist keinerlei Position beziehen, relativ häufig aber auch den Eindruck erwecken, als ob sie auf Ausgleich zwischen den beiden Gesellschaften bedacht wären und dabei eher mit den Israelis sympathisierten.

Diese Kritikvermeider stellen zwar häufiger als alle anderen Gruppen das israelische Sicherheitsdilemma in den Vordergrund und tendieren sowohl zur Dämonisierung des Islam als auch zu einem pauschalen Terrorismusvorwurf gegen Palästinenser und Muslime. Sie zeigen zugleich jedoch auch eine Tendenz zu antizionistischen und israelfeindlichen Einstellungen sowie eine Tendenz zur Annahme einer jüdischen Weltverschwörung, zu antisemitischer Täter-Opfer-Umkehr und zur Forderung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit und distanzieren sich noch nicht einmal von der Unterstellung, dass die Behandlung der Palästinenser in Israel das wahre Gesicht der Juden zeige.

Dass es sich bei dieser Kritikvermeidung tatsächlich um eine latent-antisemitische Haltung handelt, wird auch dadurch bekräftigt, dass sie nicht nur unter NPD-Wählern deutlich häufiger zu finden ist als im Rest der Bevölkerung, sondern auch die einzige Haltung darstellt, die sich neben einer offen antisemitischen Israelkritik auch am rechten Rand der Gesellschaft findet.

Die überwiegende Mehrheit der Deutschen ergreift stärker für die Palästinenser Partei als für Israel und kann in zwei Gruppen eingeteilt

werden: Antisemitische Israelkritiker, die starke bis sehr starke antisemitische Vorurteile teilen, und Menschenrechtsorientierte Israelkritiker, die antisemitische Einstellungen (fast) durchgehend ablehnen.

Antisemitische Israelkritik geht mit antisemitischen Vorurteilen einher und ist nicht nur typisch für NPD-Wähler, sondern findet sich häufig auch in der Mitte der Gesellschaft (und zwar insbesondere bei den Wählern von CDU/CSU). Bei den Wählern der Grünen und der Linken ist sie etwas seltener

Menschenrechtsorientierte Israelkritiker positionieren sich zwar ebenfalls zugunsten der Palästinenser, sie stehen antisemitischen Vorurteilen jedoch ablehnend gegenüber. Sie sind über den israelisch-palästinensischen Konflikt generell besser informiert, und zwar nicht nur besser als die antisemitischen Kritiker, sondern auch besser als die Unterstützer der israelischen Politik.

Zugleich zeigen sie eine größere emotionale Nähe zu dem Konflikt, ihr Pazifismus ist stärker ausgeprägt und ihre Menschenrechtsorientierung ist konsistenter als jene der antisemitischen Israelkritiker.

Ihre Positionierung zugunsten der Palästinenser wird umso radikaler, je besser sie über den Konflikt informiert sind, je größer ihre emotionale Nähe zu dem Konflikt ist, je stärker ihr Pazifismus ausgeprägt ist, je konsistenter ihre Menschenrechtsorientierung ist, je mehr sie die Einschränkung von Menschenrechten ablehnen, je weniger sie zu moralischer Ablösung neigen und je stärker sie für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen eintreten.

Bei den antisemitischen Israelkritikern ist es genau umgekehrt. Je radikaler sie sich zugunsten der Palästinenser positionieren, desto schlechter sind sie informiert, desto weniger emotionale Nähe zu dem Konflikt haben sie, desto geringer ist ihre pazifistische Einstellung, desto inkonsistenter ist ihre Menschenrechtsorientierung und desto weniger treten sie für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen ein.

Im Unterschied zu den menschenrechtsorientierten Israelkritikern, die Vorurteilen jeglicher Art eine Absage erteilen, sind die antisemitischen Israelkritiker dabei nicht nur antisemitisch, antizionistisch und israel-feindlich eingestellt, sondern sie zeigen sich generell vorurteilsbeladen und teilen auch palästinenser- und islamfeindliche Vorurteile.

Während antisemitische Hardliner in der deutschen Bevölkerung relativ häufig sind, sind Hardliner, die sich aufgrund ihres Menschenrechtsengagements auf die Seite der Palästinenser schlagen, nur selten und in

der Mitte der Gesellschaft – bei der Wählerschaft der beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD – überhaupt nicht zu finden.

Die überwiegende Mehrzahl der menschenrechtsorientierten Israelkritiker ist relativ gemäßigt und interpretiert den Konflikt in einem Frame, der zwar deutlich polarisiert, die Schwelle zu einem War-Frame jedoch nicht überschreitet.

Unter den aktiven Israelkritikern sind die menschenrechtsorientierten Hardliner dagegen in der Mehrheit, und eine Teilgruppe der radikalsten unter ihnen fällt dadurch auf, dass sie alle anderen antisemitischen, antizionistischen und israelfeindlichen Ressentiments zwar ebenfalls ablehnt, den Konspirationsmythos – d.h. die Annahme einer jüdischen Weltverschwörung – jedoch nicht für ein bloßes Vorurteil sondern für eine zum Teil vertretbare Meinung hält.

Auf die deutsche Bevölkerung bezogen, sind dies zwar nur 2%, unter den aktiven Israelkritikern aber fast ein Viertel. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass diese Menschen, welche sich aus einer pazifistischen und menschenrechtsorientierten Haltung heraus für einen Wandel der israelischen Politik einsetzen, sich ständig und immer wieder dem Vorwurf des Antisemitismus ausgesetzt sehen, so ist dies keinesfalls verwunderlich.

Die Verbissenheit, mit der einige pro-israelische Hardliner das Eintreten für die Menschenrechte der Palästinenser zu diskreditieren versuchen, kann nur allzu leicht den Verdacht erwecken, dass dahinter ein System steht.

Man muss schon einiges an innerer Stärke und – vor allem – auch an Wissen über die Eskalationsdynamik von Konflikten besitzen, um zu erkennen, dass die Diffamierung des politischen Gegners keine Besonderheit des israelisch-palästinensischen Konfliktes ist, und dass sie im gegebenen Fall nichts mit einer „Verschwörung der Juden“ zu tun hat.

In jedem eskalierenden Konflikt gibt es früher oder später einen Punkt, ab dem die Konfliktparteien um Anhänger und Koalitionen werben und bestrebt sind, dem Gegner einen Gesichtverlust zuzufügen (Glasl 1992). Im israelisch-palästinensischen Konflikt ist dieser Punkt längst überschritten, und das eigentliche Problem ist ja nicht, dass man auch als menschenrechtsorientierter Kritiker der israelischen Politik, je nach Herkunft, als Antisemit oder als self-hating Jew diffamiert wird. Das könnte man einfach so wegstecken.

Das eigentliche Problem besteht darin, dass diese Diffamierung aufgrund ihrer historischen Erfahrungen bei vielen Juden und Israelis nur allzu leicht auf fruchtbaren Boden fallen kann, sie in Angst versetzt, immer und überall von Antisemiten umgeben zu sein, und damit die Fähigkeit der israelischen

Gesellschaft unterminiert, sich auf eine Friedenslösung mit den Palästinensern einzulassen.

In diesem Sinne hat der israelische Schriftsteller David Grossmann (2014) kürzlich davon gesprochen, dass die Trennlinie nicht mehr zwischen Juden und Arabern verläuft, sondern zwischen all jenen, die in Frieden leben wollen, und denjenigen, die ideologisch und emotional auf Gewalt setzen.

9. Schlussbemerkungen

Wenn es stimmt, was der französisch-jüdische Philosoph Bernard-Henri Lévy (zit. n. Jüdische Allgemeine 23.1.2015) in seiner vielbeachteten Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen gesagt hat, wenn es stimmt, dass der Kampf gegen den Antisemitismus die vorderste Frontlinie im Kampf um die Menschlichkeit ist, dann darf sich dieser Kampf nicht durch negative Emotionen auf Abwege bringen lassen: Dann geht es nicht an, dass Leute, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen, schon allein deswegen des Antisemitismus bezichtigt werden. Und dann geht es auch nicht an, dass Publizisten wie Henryk M. Broder (2014) durch das Schüren von Islamfeindlichkeit Unterstützung für die Politik Israels zu generieren versuchen. Die Menschenrechte können nur als universelle Rechte gedacht werden, und wer eine Gruppe davon ausnimmt, öffnet Rassismen jeglicher Art Tür und Tor. Und wer das tut, stärkt am Ende auch den Antisemitismus, den er eigentlich zu bekämpfen vermeint.

Die Ergebnisse unserer Studie haben das nur zu deutlich gezeigt: Auch 70 Jahre nach dem Holocaust hat sich in Deutschland noch immer kein flächendeckender Konsens über die Unteilbarkeit der Menschenrechte durchgesetzt. Antisemitismus, Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit sind besorgniserregend weit verbreitet. Ein Viertel der Deutschen sind antisemitische Israelkritiker, bei denen juden- und islamfeindliche Einstellungen miteinander Hand in Hand gehen, und deren (scheinbare) Parteinahme für die Palästinenser ihnen letztlich nur als Mittel dient, „das wahre Gesicht der Juden“ zu entlarven. Gut ein Zehntel vermeidet es, Kritik an der israelischen Politik zu üben, „weil man ja nicht sagen darf, was man über die Juden wirklich denkt“, und selbst jenes Viertel der Deutschen, das der Politik Israels wohlwollend gegenübersteht, tut dies oft nur, um selbst vor der Welt gut dazustehen. Das war schon in der Adenauer-Ära nicht viel anders: man gebärdet sich als Unterstützer der israelischen Politik und will sich damit von der historischen Schuld freikaufen.

Jedoch kritisieren immerhin vier von zehn Deutschen die israelische Politik deshalb, weil sie für die Menschenrechte eintreten, Antisemitismus und Islamophobie gleichermaßen ablehnen und eine Politik zurückweisen, die nicht nur den Palästinensern Unrecht antut, sondern auch Israel von innen heraus zu zerstören droht.

Das jedenfalls ist es, was kritische jüdische Intellektuelle in Israel und in der Diaspora, in Deutschland und den USA befürchten, wenn es in Israel nicht zu einem Politikwechsel kommt. "Wenn wir die Situation belassen, wie sie ist“, schreibt der israelische Schriftsteller Etgar Keret (2013), „ohne den Menschen, die unter unserer Besatzung leben, eine Lösung anzubieten, wird das letztlich unser Land zugrunde richten“.

Literatur

- Ben-Ami, J. (2011). *A new voice for Israel. Fighting for the survival of the Jewish nation*. New York: palgrave macmillan.
- Bergmann, W. (2002). *Geschichte des Antisemitismus*. München: Beck.
- Bergmann, W. (2008). Vergleichende Meinungsforschung zum Antisemitismus in Europa und die Frage nach einem „neuen europäischen Antisemitismus“. In: Rensmann, L. & Schoeps, J.H. (Hrsg.). *Judentum. Antisemitismus in Europa*. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg, 473-507.
- Bergmann, W. & Erb, R. (1991) 'Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm.' Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol 43, 502-519.
- Broder, H.M. (2014). Gefährliches Geplapper über Judentum und Islam. Die Welt vom 14.12.2014. <http://www.welt.de/kultur/article135405450/Gefaehrliches-Geplapper-ueber-Judentum-und-Islam.html> (Download 18.2.15).
- Burg, A. (2010). «Wir sehen überall Nazis». Interview mit Die Wochenzeitung vom 1.7.2010. <http://www.woz.ch/artikel/rss/19495.html> (Download 3.2.2014).
- Cotler, I. (2006). The disgrace of Durban – five years later. *National Post*, 12. September 2006, A20.
- Demirel, A., Farschid, O., Gryglewski, E., Heil, J., Longerich, P., Pfahl-Traugher, A., Salm, M., Schoeps, J.H., Wahdat-Hagh, W. & Wetzel, J. (2011). Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/7700. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/077/1707700.pdf> (Download 31.12.2011)
- Frindte, W. (2006). *Inszenierter Antisemitismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Glasl, F. (1992). *Konfliktmanagement. Ein Handbuch zur Diagnose und Behandlung von Konflikten für Organisationen und ihre Berater*. Bern: Haupt.

- Grossmann, D. (2014). Erinnern wir uns an die Zukunft. Tages Anzeiger vom 4.8.2014. <http://www.tagesanzeiger.ch/kultur/diverses/Erinnern-wir-uns-an-die-Zukunft/story/10216028> (Download 24.11.2014).
- Heyder, A., Iser, J. & Schmidt, P. (2005). Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In: Wilhelm Heitmayer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 2. Frankfurt/Main., Suhrkamp, S. 144-165.
- Jüdische Allgemeine (23.1.2015). Historische Debatte in der UNO. Der Philosoph Bernard-Henri Lévy sprach über Antisemitismus. <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/21315> (Download 2.2.15).
- Jüdische Allgemeine (24.7.2015). Diaspora unzufrieden mit Israel. Mehrheit der Juden bezweifelt, dass Jerusalem sich ausreichend um Frieden mit den Palästinensern bemüht. www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/22903 (Download 3.8.15).
- Kempf, W. (2010). Patterns of Israel-criticism and their relation to modern anti-Semitism. *conflict & communication online*, 9/1.
- Kempf, W. (2015). Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee. Eine Spurensuche. Berlin: verlag irena regener.
- Keret, E. (2013). Die Besatzung frisst unsere Seele. Interview mit Frankfurter Rundschau vom 16.2.2013. <http://www.fr-online.de/panorama/interview-israelischer-autor-die-besatzung-frisst-unsere-seele,1472782,21823400,view,asFirstTeaser.html> (Download 3.2.2014).
- Lapid, Y. (2014). Rede an der Gedenkstätte Gleis 17 am 20.08.2014.
- Schönbach, P. (1961). Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960. Frankfurter Beiträge zur Soziologie. Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Zick, A. & Küpper, B. (2007). Antisemitismus in Deutschland und Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, No. 31, 12-19.



Prof. Dr. Wilhelm Kempf
 Universität Konstanz
 Fachbereich Psychologie
 78457 Konstanz
 Deutschland

Wilhelm Kempf**Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee**

(Friedens- und Demokratiepsychologie, Bd. 12). 2015. 279 S., brosch., 105 Abb. und 125 Tab., € 39,90, ISBN 978-3-936014-33-4.

Auch 70 Jahre nach dem Holocaust hat sich in Deutschland noch immer kein flächendeckender Konsens über die Unteilbarkeit der Menschenrechte durchgesetzt. Antisemitismus, Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit sind besorgniserregend weit verbreitet. Ein Viertel der Deutschen sind antisemitische Israelkritiker, bei denen juden- und islamfeindliche Einstellungen miteinander Hand in Hand gehen, und deren (scheinbare) Parteinahme für die Palästinenser ihnen letztlich nur als Mittel dient, "das wahre Gesicht der Juden" zu entlarven. Gut ein Zehntel vermeidet es, Kritik an der israelischen Politik zu üben, "weil man ja nicht sagen darf, was man über die Juden wirklich denkt", und selbst jenes Viertel der Deutschen, das der Politik Israels wohlwollend gegenübersteht, tut dies oft nur, um selbst vor der Welt gut dazustehen.

Jedoch kritisieren immerhin vier von zehn Deutschen die israelische Politik deshalb, weil sie für die Menschenrechte eintreten, Antisemitismus und Islamophobie gleichermaßen ablehnen und eine Politik verurteilen, die nicht nur den Palästinensern Unrecht antut, sondern auch Israel von innen heraus zu zerstören droht. Auch sie des Antisemitismus zu verdächtigen, kann weder im Interesse Israels noch im Interesse der in Deutschland lebenden Juden sein.